

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 15. Juni 1994

am Donnerstag, dem 16. Juni 1994

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Augustin, Anneliese (CDU/CSU)	21, 22	Lowack, Ortwin (fraktionslos)	27
Augustinowitz, Jürgen (CDU/CSU)	12	Dr. Mayer, Martin (Siegertsbrunn) (CDU/CSU)	29, 30
Beucher, Friedhelm Julius (SPD)	36, 37	Mehl, Ulrike (SPD)	24, 25
Bury, Hans Martin (SPD)	43, 44	Pfuhl, Albert (SPD)	39, 40
Gansel, Norbert (SPD)	1, 3	Schily, Otto (SPD)	41, 42
Harries, Klaus (CDU/CSU)	23	Seuster, Lisa (SPD)	15, 16
Hilsberg, Stephan (SPD)	6, 7	Uldall, Gunnar (CDU/CSU)	17, 18
Homburger, Birgit (F.D.P.)	28	Dr. Ullmann, Wolfgang (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	31, 32
Jäger, Claus (CDU/CSU)	26	Vergin, Siegfried (SPD)	34, 35
Kastner, Susanne (SPD)	10, 11	Wartenberg, Gerd (Berlin) (SPD)	2, 38
Kubatschka, Horst (SPD)	4, 5	Weyel, Gudrun (SPD)	8, 9
Dr. Kübler, Klaus (SPD)	33	Würfel, Uta (F.D.P.)	19, 20
Dr. Leonhard, Elke (SPD)	13, 14		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Frauen und Jugend	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Forschung und Technologie	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft	4
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie und Senioren	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	8
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	11

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft

1. Abgeordneter
Norbert Gansel
(SPD) Welche Lockerungen hat die Bundesregierung aus welchen Gründen mit einem Schreiben an den Bund der Deutschen Industrie in der Rüstungsexportkontrolle vorgenommen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Frauen und Jugend

2. Abgeordneter
Gerd Wartenberg
(Berlin)
(SPD) Welche Konsequenzen hat die Bundesregierung aus den mitgeteilten Ergebnissen der Auswertung der Projekte zur Prävention und Bekämpfung von Rechtsextremismus und Gewalt gezogen, und welche Maßnahmen beabsichtigt sie besonders zu fördern?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr

3. Abgeordneter
Norbert Gansel
(SPD) Wie bewertet die Bundesregierung ihre Erfahrungen bei der Vergabe der Stahlbaufertigung an ausländische Subunternehmer beim Bau der zweiten Hochbrücke über den Nord-Ostsee-Kanal bei Kiel, und wann ist mit der Fertigstellung der Hochbrücke zu rechnen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Forschung und Technologie

4. Abgeordneter
Horst Kubatschka
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Forschungsergebnisse australischer Wissenschaftler der Universität New South Wales, wonach Solarzellen 80 bis 90 Prozent billiger hergestellt werden können, und wie schätzt sie die möglichen Auswirkungen dieser Forschungsergebnisse auf die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Hersteller von Solarzellen ein?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung
und Wissenschaft**

5. Abgeordneter
**Horst
Kubatschka**
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Empfehlung des Wissenschaftsrates vom Mai 1994 an Bund und Länder, die wissenschaftlichen Grundlagen der Gefahrstoffverordnung und die Richtlinien zur Sanierung von asbestverseuchten Gebäuden mit dem Ziel einer „Anpassung an neue Erkenntnisse“ zu überprüfen, und welche Konsequenzen wird sie daraus ziehen?

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers
und des Bundeskanzleramtes**

6. Abgeordneter
**Stephan
Hilsberg**
(SPD)
- Falls Zeitungsberichte aus Griechenland über Sonderwünsche des Bundeskanzlers zur Ausstattung seines Hotelzimmers beim EU-Gipfeltreffen auf Korfu zutreffen, frage ich die Bundesregierung, ist es richtig, daß Beamte des Bundeskanzleramtes die beabsichtigte Unterbringung des Kanzlers in einem Luxushotel als „gerade noch zumutbar“ eingestuft haben, und wenn ja, aus welchen Gründen?
7. Abgeordneter
**Stephan
Hilsberg**
(SPD)
- Welche Kosten verursachen die Sonderwünsche des Beamten des Bundeskanzlers nach Doppel-türen, extralangem Bett und Sondermatratze?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

8. Abgeordnete
**Gudrun
Weyel**
(SPD)
- Liegen der Bundesregierung statistische Angaben darüber vor, in welchem Umfang von den Pflanzenschutzämtern Ausnahmegenehmigungen von § 6 Abs. 2 des Pflanzenschutzgesetzes auf Dauer und in begründeten Einzelfällen für landwirtschaftlich, gärtnerisch oder forstwirtschaftlich genutzte Flächen erteilt wurden, und was für Flächen sind dabei hauptsächlich betroffen?

9. Abgeordnete
Gudrun Weyel
(SPD)
- Sollten Erkenntnisse über die Umsetzung des § 6 Abs. 2 des Pflanzenschutzgesetzes insbesondere in den kommunalen Gebietskörperschaften vorliegen, frage ich die Bundesregierung, in welcher Form und in welchem Ausmaß werden Verstöße geahndet?
10. Abgeordnete
Susanne Kastner
(SPD)
- Wie will die Bundesregierung im nächsten Agrarministerrat am 20./21. Juni 1994 zu den Vorschlägen der griechischen Präsidentschaft zu Anhang VI der Richtlinie 91/414/EWG über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln Stellung nehmen, die höhere Grenzwerte als den gültigen EG-Trinkwassergrenzwert für Pestizide von 0,1 Mikrogramm als Zulassungskriterium für Pflanzenschutzmittel vorsehen, und wird die Bundesregierung, wie auch vom Bundesrat gefordert, für die Beibehaltung des bestehenden EG-Trinkwassergrenzwertes als Basis für die Zulassung von Pestiziden eintreten?
11. Abgeordnete
Susanne Kastner
(SPD)
- Warum wurden der Deutsche Bundestag und die Wähler nicht vor den Europa-Wahlen über die Haltung der Bundesregierung zu den Forderungen der Landwirtschaft und der Pflanzenschutzmittelindustrie nach höheren Grenzwerten für Pestizide im Trinkwasser und Grundwasser informiert, und ist die Bundesregierung nicht mitverantwortlich für die zu befürchtenden Rückschritte im Grundwasser- und Trinkwasserschutz auf europäischer Ebene, wenn sie sich – ohne eine klare Stellungnahme zur Zulassung von Pestiziden abzugeben – im Agrarministerrat evtl. überstimmen läßt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

12. Abgeordneter
Jürgen Augustinowitz
(CDU/CSU)
- Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über Vorgänge in einem Linienbus am 19. Mai 1994 vor, an denen auch Soldaten des Wachbataillons der Bundeswehr beteiligt gewesen sein sollen, und wie beurteilt die Bundesregierung diesbezügliche Presseberichte?
13. Abgeordnete
Dr. Elke Leonhard
(SPD)
- Welche konkreten Ergebnisse kann die Bundesregierung in der Frage der zivilen Anschlußnutzung des Flugplatzes Bitburg durch die internationale Vermarktung aufweisen, und mit welchen Instrumentarien wird die Bundesregierung ihrer verfassungsmäßigen Pflicht, für gleiche

Lebensverhältnisse in allen Teilen der Bundesrepublik Deutschland zu sorgen, gerecht werden, insbesondere vermeiden, daß die Region Bitburg in Kürze zweistellige Arbeitslosenzahlen aufweisen wird?

14. Abgeordnete
**Dr. Elke
Leonhard**
(SPD)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem Fund von 19 Fässern mit potentiell toxischem Inhalt Mitte Mai 1994 auf der US-Air Base Spandahlem, und mit welchen Maßnahmen will die Bundesregierung sicherstellen, daß das Gelände der Air Base und des Flughafens Bitburg nicht durch weitere bislang unbekannte Altlasten belastet ist?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie und Senioren

15. Abgeordnete
**Lisa
Seuster**
(SPD)

In welcher Höhe leistet der Bund Zahlungen an das neu zu gründende Deutsche Zentrum für Altersforschung in Heidelberg, und mit welcher Begründung erhält gerade dieses Institut finanzielle Mittel des Bundes?

16. Abgeordnete
**Lisa
Seuster**
(SPD)

Mit welcher Begründung fördert die Bundesregierung ein Forschungsinstitut mit dem Schwerpunkt Gerontopsychologie, die im Vergleich zu anderen Forschungsschwerpunkten im Bereich der Altersforschung schon fast dominierend ist, und aus welchen Überlegungen heraus hält es die Bundesregierung nicht für sinnvoll, dem wissenschaftlichen Bedarf und der demographischen Entwicklung Rechnung zu tragen, indem sie künftig verstärkt Forschungszweige mit sozialwissenschaftlich/sozialpolitischen Schwerpunkten im Bereich der Altersforschung fördert?

17. Abgeordneter
**Gunnar
Uldall**
(CDU/CSU)

In welchem Umfang machen die Kommunen Gebrauch von der Möglichkeit, jugendliche Sozialhilfeempfänger zu gemeinnützlichen Arbeiten heranzuziehen?

18. Abgeordneter
**Gunnar
Uldall**
(CDU/CSU)

Wie viel junge Leute bis zum Alter von 27 Jahren sind Sozialhilfeempfänger?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

19. Abgeordnete
**Uta
Würfel**
(F.D.P.)
- Aus welchen Gründen ist nach Auffassung der Bundesregierung die vorgesehene Straffung des Nachzulassungsverfahrens geeignet, die von der Bundesregierung angestrebte Erhaltung des naturheilkundlichen Arzneischatzes zu gewährleisten, unter Wahrung der Chancen insbesondere von homöopathischen Einzel- und Kombinations-Arzneimitteln für die Nachzulassung?
20. Abgeordnete
**Uta
Würfel**
(F.D.P.)
- Sieht die Bundesregierung die Gefahr, daß durch sog. „Maßnahmen zur Risikoabwehr“, wie z. B. Stufenplanverfahren, sich die Zahl der homöopathischen Arzneimittel für lebensmittelliefernde Tiere, die nur bis zum Stichtag 31. Dezember 1993 registrierungsfähig waren, weiter verringert und auf diesem Weg möglicherweise zu einem späteren Zeitpunkt therapeutische Lücken in der Verfügbarkeit homöopathischer Arzneimittel für lebensmittelliefernde Tiere entstehen?
21. Abgeordnete
**Anneliese
Augustin**
(CDU/CSU)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, daß der Medizinische Dienst der Krankenversicherung (MDK), Landesärztekammer und Kassenärztliche Vereinigung Hessen – insbesondere auch im Hinblick auf das Pflege-Versicherungsgesetz und den damit auf den MDK zukommenden erheblichen Begutachtungsbedarf – vertraglich vereinbart haben, den hessischen Modellversuch (Beauftragung niedergelassene Ärzte und Klinikärzte als externe Gutachter/§ 279 Abs. 5 SBG V) ab 1. März 1994 zum hessenweiten Regelfall zu machen?
22. Abgeordnete
**Anneliese
Augustin**
(CDU/CSU)
- Plant die Bundesregierung die Erstellung von Gutachten im Rahmen der Pflegeversicherung neben angestellten Ärzten des MDK auch durch externe Gutachter (niedergelassene Ärzte/Klinikärzte) zu erlauben, wenn nicht, aus welchen Gründen werden externe Gutachter ausgeschlossen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

23. Abgeordneter
Klaus Harries
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung die von der schleswig-holsteinischen Landesregierung verfügte Stilllegung der Kernkraftwerke Brunsbüttel und Krümmel sachlich für geboten oder sieht sie die Maßnahmen als rechtswidrig an, die den Erlass von Weisungen an die Landesregierung von Schleswig-Holstein notwendig machen könnten?
24. Abgeordnete
Ulrike Mehl
(SPD)
- Hat die Bundesregierung die in der Beschlußempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit vom 18. Mai 1994 genannten Tropenholzarten Khaya, Entandophragma, Ramin und Merbau fristgerecht beim CITES-Sekretariat zur Aufnahme in die Anhänge des Washingtoner Artenschutzübereinkommens (WA) gemeldet, und wenn nicht, welche fachlichen oder verfahrenstechnischen Gründe sind dafür zu nennen?
25. Abgeordnete
Ulrike Mehl
(SPD)
- Sind von der Bundesregierung darüber hinaus weitere der Arten, die in der Beschlußempfehlung vom 18. Mai 1994 zur Prüfung einer erforderlichen Aufnahme in Anhang II des WA vorgeschlagen wurden, dem CITES-Sekretariat gemeldet worden, und wenn nicht, welche fachlichen oder verfahrenstechnischen Gründe sind dafür zu nennen?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes

26. Abgeordneter
Claus Jäger
(CDU/CSU)
- Trifft es nach den Erkenntnissen der Bundesregierung zu, daß Rußland eine neue Generation sog. sauberer, extrem zielgenauer Atomwaffen entwickelt, und trifft es bejahendenfalls zu, daß diese Waffen infolge ihrer Beschaffenheit nicht unter den Atomwaffensperrvertrag oder andere Verträge zur Beschränkung von Kernwaffen fallen würden?

27. Abgeordneter
Ortwin Lowack
(fraktionslos)
- Welche Schritte hat die Bundesregierung unternommen, um gegen die Zertrümmerung sämtlicher Fensterscheiben und Beschriftung der Hausmauer mit beleidigenden Sprüchen der Begegnungsstätte des Deutschen Freundschaftskreises – Gleiwitz Stadt Mitte bei polnischen Behörden zu remonstrieren?
28. Abgeordnete
Birgit Homburger
(F.D.P.)
- Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen gegen Hetzkampagnen im Ausland gegen die Bundesrepublik Deutschland, wie sie z. B. in der „Washington Post“ zu finden waren, mit dem Vorwurf, die Reinigung der Künste sei deutscher Stil, weil der amerikanische Jazzpianist Chick Corea wegen seiner Zugehörigkeit zur Scientology-Sekte von einer Veranstaltung im Rahmen der Leichtathletik-Weltmeisterschaft in Stuttgart ausgeschlossen worden war?
29. Abgeordneter
Dr. Martin Mayer
(Siegertsbrunn)
(CDU/CSU)
- Welche offiziellen zustimmenden oder ablehnenden Äußerungen von ausländischen Regierungen zur Verwendung von hochangereichertem Uran (HEU) im künftigen Forschungsreaktor München II (FRM-II) sind der Bundesregierung bekannt?
30. Abgeordneter
Dr. Martin Mayer
(Siegertsbrunn)
(CDU/CSU)
- Würde eine angenommene Weigerung der USA, die Bundesrepublik Deutschland (also auch den FRM-II) mit hochangereichertem Uran zu beliefern, dem Atomwaffensperrvertrag widersprechen, der ausdrücklich den ungehinderten Zugang zur friedlichen Kernforschung sichert?
31. Abgeordneter
Dr. Wolfgang Ullmann
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß der Vorsitzende des MSI Fini und Koalitionspartner der Regierung Berlusconi, die faschistische Regierung Mussolini in ihrer Regierungszeit bis 1938 wiederholt positiv bewertet hat, und wie beurteilt die Bundesregierung das einmalige Ereignis nach dem Zweiten Weltkrieg, daß in einem Gründungsstaat der EG der Konsens innerhalb der Europäischen Staatengemeinschaft aufgekündigt wurde, jede Form von Bündnissen mit denjenigen Kräften abzulehnen, die sich nicht eindeutig von faschistischen Regimen abgrenzen?
32. Abgeordneter
Dr. Wolfgang Ullmann
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hat die Bundesregierung auf die Forderung des Vorsitzenden des italienischen Parlamentsausschusses für Auswärtige Angelegenheiten, des Neofaschisten Mirko Tremaglia, reagiert, den Grenzvertrag von Osimo betreffend die italienische Minderheit in Slowenien, zur revidieren und die Aufnahme von Slowenien in die Europäische Union abzulehnen?

33. Abgeordneter
**Dr. Klaus
Kübler**
(SPD)
- Welche Informationen liegen der Bundesregierung über den Tod des indischen Bürgers Singh vor, der nach Presseberichten unmittelbar nach seiner Ankunft auf dem Flughafen auf einer indischen Polizeistation zu Tode kam, nachdem er aus Deutschland abgeschoben worden war, und welche Folgerungen zieht die Bundesregierung?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

34. Abgeordneter
**Siegfried
Vergin**
(SPD)
- Welche Projekte hat die Bundesregierung mit der Europäischen Union bzw. Ländern der Europäischen Union zur gemeinsamen Bekämpfung von Rechtsextremismus und Gewalt verabredet bzw. in die Wege geleitet?
35. Abgeordneter
**Siegfried
Vergin**
(SPD)
- Welche Ergebnisse hat die europäische Zusammenarbeit auf der Ebene der Polizei und des Verfassungsschutzes bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus und Gewalt zu verzeichnen angesichts der zunehmenden internationalen Vernetzung?
36. Abgeordneter
**Friedhelm Julius
Beucher**
(SPD)
- Welche Bundesländer neben Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Sachsen haben Sonderkommissionen zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Gewalt eingerichtet, und warum hat die Bundesregierung bislang keine vergleichbare eigene zentrale Stelle?
37. Abgeordneter
**Friedhelm Julius
Beucher**
(SPD)
- Vertritt die Bundesregierung nach den Magdeburger Erkenntnissen die Ansicht, daß es sich um lokale, unter Alkoholeinfluß ausbrechende, spontane, nicht gelenkte rechtsextreme und fremdenfeindliche Erscheinungen gehandelt habe?
38. Abgeordneter
**Gerd
Wartenberg**
(Berlin)
(SPD)
- In welcher Form wird der Bundesgrenzschutz in Hinblick auf die Bekämpfung rechtsextremer Gewalt oder den Umgang mit Aufmärschen rechtsextremer Organisationen geschult?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

39. Abgeordneter
**Albert
Pfuhl**
(SPD)
- Wie viele Immobilien der früheren DDR in Finnland wurden bisher verkauft, und welcher Erlös wurde hierbei erzielt?
40. Abgeordneter
**Albert
Pfuhl**
(SPD)
- Wurde gemäß Aussage der Bundesregierung vom Februar 1992 anlässlich meiner mündlichen Fragen 14 und 15 in Drucksache 12/2051 (vgl. Stenographischer Bericht der 76. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 13. Februar 1992 S. 6349f.) ein Teil des Erlöses zur Verbesserung der räumlichen und sachlichen Verhältnisse an der deutschen Schule in Helsinki eingesetzt?
41. Abgeordneter
**Otto
Schily**
(SPD)
- Trifft es zu, daß rund 7000 Arbeitsplätze im Zusammenhang von mehr als 20 ehemaligen Treuhandfirmen durch den „East German Investment Trust“ gefährdet sind?
42. Abgeordneter
**Otto
Schily**
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung Anlaß zur Überprüfung der Aktivitäten des ehemaligen Treuhand-Direktors H. V. L.?
43. Abgeordneter
**Hans Martin
Bury**
(SPD)
- Wie konnte es geschehen, daß die mehrheitlich bundeseigene DSL-Bank, deren Verwaltungsrat Vertreter des Bundes angehören, von Mitte 1992 bis Ende 1993 in einem Umfang Kredite an die Schneider-Immobiliengruppe vergeben hat, die in Relation zum Kreditengagement insgesamt höher liegen als bei allen anderen Kreditinstituten, während die Deutsche Bank im gleichen Zeitraum ihr relativ niedrigeres Schneider-Engagement aus Gründen der Risikobegrenzung unter dem Gesichtspunkt der Streuung von Krediten bewußt deutlich reduziert hat, und wie wird die Bundesregierung in Zukunft für eine angemessene Risikokontrolle im Verwaltungsrat der DSL-Bank Sorge tragen?
44. Abgeordneter
**Hans Martin
Bury**
(SPD)
- Welche persönlichen oder geschäftspolitischen Ziele stehen hinter der ungewöhnlichen Ausweitung dieses speziellen Engagements, und welche geschäftspolitischen und persönlichen Konsequenzen ergeben sich aus der Schneider-Pleite und ihren Auswirkungen auf die DSL-Bank?

Bonn, den 10. Juni 1994

